

Straubhaar, Thomas

Article — Published Version

Neue Ökonomie - neue Bildungssysteme

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Straubhaar, Thomas (2001) : Neue Ökonomie - neue Bildungssysteme, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 81, Iss. 2, pp. 66-67

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/40893>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Neue Ökonomie – neue Bildungssysteme



Thomas Straubhaar

Nun sind sich alle einmal einig: Bildung wird der wirtschaftliche Erfolgsfaktor des 21. Jahrhunderts sein. In der Wissensgesellschaft sitzt in der ersten Reihe, wer spezifische Fähigkeiten und Kenntnisse mitbringt. Wer nur standardisiertes oder standardisierbares Allgemeinwissen im Schulranzen hat, muss ganz hinten Platz nehmen. Wer einen höheren Berufsabschluss oder gar ein Studium geschafft hat, verdient in der Regel besser und bleibt seltener ohne Beschäftigung – dies ist die mikroökonomische Bildungsbotschaft. Volkswirtschaften mit einem „Pool“ gut ausgebildeter Arbeitskräfte und attraktiven Rahmenbedingungen für hochqualifizierte Fach- und Führungskräfte wachsen stärker – dies ist die makroökonomische Konsequenz positiver Wissens-Spillovers.

War in der Industriegesellschaft des letzten Jahrhunderts Sachkapital der strategische Wachstumsfaktor, übernimmt in der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts das Humankapital diese Schlüsselrolle. Waren in der Vergangenheit Maschinen der Reichtum der Arbeitgeber, wird künftig Wissen das Vermögen der Arbeitnehmer(innen). Kapital in den Köpfen dürfte langfristig höhere Zinsen abwerfen als Kapital, das im oder auf dem Boden steckt! An den Börsen wird diesen Entwicklungen – zumindest teilweise – bereits heute Rechnung getragen. Der Aktienwert von Unternehmen wird nicht mehr aus der Bewertung von „Fundamentals“ wie Anlagevermögen oder Marktanteilen ermittelt. Fabrikanlagen, Maschinen, Gebäude und Ressourcen sind für die Entwicklung der Aktienkurse nahezu irrelevant geworden. Weit wichtiger als das physische Kapital ist das intellektuelle Kapital. Der Wert einer Firma errechnet sich aus dem Barwert aller erwarteten künftigen Gewinne. Dabei fließen in der New Economy vor allem immaterielle Vermögenswerte in die Gewinnerwartungen ein. Dazu gehören originelle Geschäftsideen, kreative und motivierte Mitarbeiter(innen) genauso wie die Wertschöpfung pro Mitarbeiter. Es dürfte nur noch eine Frage der Zeit sein, bis in den Firmenbilanzen neben den Finanz- und Öko-Bilanzen auch eine betriebs-spezifische Wissens-Bilanz auftauchen wird.

Damit wird die Frage um so bedeutungsvoller, wie denn Kosten und Erträge der Investitionen in Humankapital zu verteilen sind. Beim Sachkapital ist die Antwort rasch und klar zu finden. Wer in Maschinen investiert, streicht auch die Erträge ein. Zumindest in diesem Bereich hat sich der Primat freier, privater Eigenverantwortung als dominante und ökonomisch überlegene Strategie durchgesetzt. Wie aber ist es bei den Bildungsinvestitionen? Hier zeigt sich in weiten Teilen eine Diskrepanz: Kosten werden sozialisiert, Erträge privatisiert.

Während beim Verkehr, bei der Telekommunikation und im Gesundheitswesen ein öffentliches Monopol nach dem andern fällt und die ehemals staatlich dominierten Strukturen des 19. Jahrhunderts langsam fit gemacht werden für die Dienstleistungsgesellschaft des neuen Jahrhunderts, hinkt das Bildungssystem hinterher. Begriffe wie Selbstverantwortung, Verursacher- oder Nutznießerprinzip halten überall Einzug – nur nicht beim strategischen Schlüsselbereich der Zukunft, dem Bildungswesen. „Privatisierung“, sonst bei Post,

Bahn, Telefon und Energie „in“, bleibt bei der Bildung nach wie vor „out“. Dabei verlangt gerade die Wissensgesellschaft nach einer stärkeren Ökonomisierung des für künftige Erfolge so zentralen Bildungsbereichs. Dynamik und Intensität des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandels machen flexible Bildungssysteme erforderlich, die auf der Risikobereitschaft, Eigeninitiative und Innovationskraft einzelner Menschen ruhen. Initiative, Kreativität, Phantasie und Motivation lassen sich nicht staatlich befehlen. Wer hier die Weichen falsch stellt, wird sich bald einmal auf dem Abstellgleis wiederfinden. Verpasstes lässt sich im Bildungsbereich nicht mehr so leicht und rasch aufholen.

In der New Economy werden nicht nur Landes- und Firmengrenzen verschwimmen und zunehmend durch funktionale Beziehungsnetze ersetzt werden. Auch die Trennung zwischen Aus- und Weiterbildung sowie zwischen Fach(hoch)schulen und Universitäten wird unscharf werden. Was wird in der New Economy noch „universitär“ sein? Wieso eigentlich werden Studierende gegenüber Lehrlingen und sich weiterbildenden Berufstätigen privilegiert? Wieso soll ein 20-jähriger Universitätsstudent staatlich unterstützt werden, nicht aber eine 40-jährige Wiedereinsteigerin, die berufsbegleitend in langen und mühsamen Abendstunden an einer „virtuellen“ Fachhochschule studiert, um sich für einen neuen Job zu qualifizieren? Wieso eigentlich werden staatliche Universitäten finanziell gefördert, nicht aber die „Corporate Universities“, die wie Pilze aus dem Boden schießen, sei es bei Allianz, Bertelsmann, Burda, Cisco, DaimlerChrysler, Debis, Merck, Lufthansa oder anderen Großunternehmen? Zukunftsfähige Bildungssysteme haben dem lebenslangen Lernen genauso Rechnung zu tragen wie der Forderung nach Durchlässigkeit und Flexibilität. Im Kern geht es darum, das Aus- und Weiterbildungssystem „new economy“-gerechter zu machen. Das deutsche Aus- und Weiterbildungssystem ist „in die Freiheit zu entlassen“, wie es der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog in seiner aufrüttelnden, aber dann doch rasch beiseite geschobenen Berliner Grundsatzrede gefordert hatte.

„Freiheit“ für ein neues deutsches Bildungssystem heißt keinesfalls, dass sich der Staat aus dem Bereich der Aus- und Weiterbildung zurückziehen soll. Im Gegenteil: weil „mehr Humankapital“ „mehr Wachstum für alle“ bedeutet, ist es nicht mehr als richtig, dass Steuergelder mit im Spiel bleiben. Soweit, wie der Staat Gerechtigkeitsziele erfüllen, Chancengleichheit schaffen und Investitionen in Humankapital anregen will, muss und soll er mit direkten Finanzspritzen gezielte Impulse injizieren. Es spricht nichts dagegen, allen 18-jährigen mit der Volljährigkeit ein Bündel von staatlich finanzierten farbigen Aus- und Weiterbildungsgutscheinen in die Hand zu drücken – blaue für die Zeit bis 28, grüne bis 48 und rote bis 68. Es spricht ebenso wenig dagegen, staatliche Bürgschaften für all jene zu gewähren, die bei einem privaten Kreditinstitut ein Darlehen aufnehmen möchten, um damit in Humankapital zu investieren. Schließlich soll die Staatskasse durchaus auch im begründeten Einzelfall mehr oder weniger großzügige, mehr oder weniger rückzahlbare Stipendien für besonders einkommensschwache oder besonders förderungswürdige Studierende aller Altersgruppen finanzieren.

„New Education“ muss die deutsche Bildungslandschaft nicht schlagartig umpflügen. Ein pragmatisches Vorgehen begänne mit einem Mischmodell ordnungspolitisch zweiter Güte. Staatliche Universitäten und (Fach-)Hochschulen könnten zunächst ruhig bestehen bleiben. Grundlegend neu und entscheidend wäre jedoch, dass sie gegenüber nicht-staatlichen Konkurrenten in keiner Weise finanziell privilegiert werden. Sie erhielten kein öffentliches Steuergeld mehr direkt, sondern einzig noch indirekt über den Nachfragekanal. Wollen staatliche Universitäten und (Fach-)Hochschulen öffentliches Bildungsgeld, müssen sie genauso wie ihre privaten Konkurrenten um Studierende und deren Studiengelder oder Gutscheine, (staatliche) Forschungsaufträge und (staatliche) Kunden ihrer Dienstleistungen werben. Dabei könnten die heutigen staatlichen Hochschulen noch eine ganze Weile von ihrer bisherigen Reputation, einem Erfahrungsvorsprung in Lehre und Forschung sowie von bestehenden internationalen Netzwerken zehren. Dieses Argument sollte die Angst vor dem Wegfall ihrer bisherigen Privilegien eigentlich etwas dämpfen helfen.